

# Freie Presse

Nr. 214

Łódź, Mittwoch, den 2. August 1939

17. Jahrgang

Bezugspreis monatlich: In Łódź mit Zustellung Pl. 4., bei Abnahme in der Geschäftsstelle Plots 4., im Inland mit Postzustellung Plots 5., Ausland Plots 7., Wochenabonnement durch Boten Plots 1,25. Einzelpreis im Inland: Wochentags 20 Groschen, Sonntags 30 Groschen, vorbehaltlich Sonderausgaben. — Bezugsgebühren sind nur gegen Verlagsquittung zu entrichten. — Erscheint täglich frühmorgens, nach Sonn- und Feiertagen nachmittags. — Bei Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Beschlagsnahme der Zeitung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückerstattung des Bezugspreises. —

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Łódź, Petrikauer Straße Nr. 86  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 186-88  
Schriftleitung Nr. 186-17

Anzeigenpreise: Die 10spaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die 12spaltige Reflemerzeile (mm) 60 Groschen, Eingekauftes für die Verteilung Pl. 1,20, für Arbeitsaufwände Verteilungen, Kleinanzeigen bis 15 Wörter Plots 1,50, jedes weitere Wort 10 Gr. Für Bezugsnehmer Vergünstigung, Ausland: 50%, Fußschlag. — Postkontos: Towarzystwo Wydawniczo-Libertas, Łódź, Nr. 602-675. — Bankkonto: Deutsche Genossenschaftsbank in Polen Akt.-Ges., Łódź. — Honorare für Beiträge werden nur nach vorheriger Vereinbarung gezahlt. — Empfangsstunden des Hauptredakteurs von 10 bis 12 Uhr mittags.

## Moskauer Richtigstellung zu den Unterhauserklärungen

### Meinungsverschiedenheiten in der baltischen Frage

Moskau, 1. August.

Die sowjetamtliche „TASS“-Agentur veröffentlicht ein Dementi, das sich gegen die von Chamberlain und Butler vertretene englische Auffassung in den Moskauer Verhandlungen wendet.

Die „Tass“ erklärt, der Unterstaatssekretär habe im Unterhaus mitgeteilt, daß England alle Maßnahmen zur Beschleunigung der Verhandlungen ergreife, daß der Kernpunkt der Schwierigkeiten aber in der Frage liege, ob England die Unabhängigkeit der baltischen Staaten antastet könne.

Demgegenüber erklärt die „Tass“, Butler habe darin den Standpunkt der Sowjetregierung entleert. Denn es handle sich in Wirklichkeit nicht darum, ob man etwas entstehen lasse oder nicht, sondern darum, daß die englische Formulierung unklar sei. Und daß England sich offenbar ein „Hintertürchen“ offen lassen wollte.

## Britische Militärmission reist am Donnerstag ab

PAT. London, 1. August.

Die für die Verhandlungen in Moskau vorgesehene britische Militärmission reist am Donnerstag ab, um sich zunächst nach Paris zu begeben. Nach einer Besprechung mit der französischen Mission reisen die beiden Missionen zusammen nach Moskau weiter.

## Türkei bestellt Schiffe in England

PAT. Stambul, 1. August.

Die Türkei hat in englischen Werften 4 Unterseeboote, 4 Zerstörer und 2 Minenleger in Auftrag gegeben.

## Unterhaus hat 8 Wochen Ferien

London, 1. August.

Wie am Dienstag amtlich mitgeteilt wurde, wird das Parlament auf 8 Wochen, und zwar bis zum 3. Oktober, in die Ferien gehen.

## Die Verhandlungen in Tokio in Frage gestellt

### Schwierigkeiten infolge des gemeinsamen Vorgehens gegen Japan

PAT. London, 1. August.

Wie das englische Reuterbüro erfährt, ist in den japanisch-englischen Verhandlungen die Frage der Herausgabe des in den Tientsiner Banken hinterlegten chinesischen Silbers von japanischer Seite bisher noch nicht offiziell aufgeworfen worden.

Falls dies geschehen sollte, werde, entsprechend der gestrigen Chamberlain-Erklärung vor dem Unterhaus, eine Fühlungnahme mit den Vereinigten Staaten sowie Frankreich und anderen interessierten Staaten erfolgen müssen.

Reuter zufolge sind auf die letzten beiden Berichte des englischen Unterhändlers in Tokio Botschafter Craigie bisher noch keine neuen Instruktionen abgegangen.

In Tokioter politischen Kreisen vermutet man, daß, wie auch deutlich aus Londoner Berichten hervorgeht, England in der Währungsfrage mit Amerika zusammenarbeiten will und deshalb seine Entscheidung so lange hinauszieht.

Da Tokio die Einmischung Dritter in die Tientsinfrage ablehne, so halte man es für möglich, daß die ganze Konferenz in Tokio in Frage gestellt sei, falls England eine Zusammenarbeit mit Amerika gegen Japan anstrebe.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meint, Großbritannien könne nicht ohne Zustimmung anderer Mächte, u. a. Frankreichs und der USA, mit Japan zu einer Lösung kommen.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald“ erklärt, daß bereits regelrechte Konsultationen zwischen London, Paris und Washington über Fernostfragen im Gange seien.

## Die Währungsfrage erneut vor dem Unterhaus

London, 1. August.

Der Schatzkanzler wurde im Unterhaus befragt, ob die britische Regierung die chinesische Regierung auch nach der englisch-japanischen Einigungsformel in Tokio weiter unterstützen werde.

Sir John Simon erwiderte, daß die Einigungsformel in Tokio keinen Meinungsumschwung mit sich brachte.

Der Labourabgeordnete Price ersuchte darauf den Schatzkanzler um die Zusicherung, daß England die japanische Währung in Nordchina nicht besonders unterstützen werde. Simon erklärte ausweichend, daß er seine gegebene Antwort nicht erweitern wolle. Abg. Bellenger fragte, ob die in Hongkong veröffentlichte Erklärung, daß die britischen Behörden den Kurs der chinesischen Währung weiter aufrecht erhalten würden, noch heute die Regierungsansicht darstelle. Auch hier antwortete Simon vorsichtig, denn er erklärte, daß die Verlautbarung, auf die sich Bellenger beziehe, nicht von der Regierung ausgegeben worden sei. Die Regierung habe niemals ihre Ansicht über den Kurs des chinesischen Dollars geäußert. Darauf hielt Bellenger dem Schatzkanzler vor, daß er selbst in Beantwortung einer früheren Anfrage Bellengers diese in Hongkong veröffentlichte Erklärung zitiert habe. Hierauf erwiderte Simon, daß er seiner Erinnerung nach Bellenger auf eine von chinesischen Behörden veröffentlichte Erklärung verwiesen habe.

## Noch keine Einigung über Auslieferung der vier morderdächtigen Chinesen

London, 1. August.

Wie der diplomatische Korrespondent des Reuterbüros erfährt, ist es bei den Tokioter Verhandlungen noch zu keiner Einigung über die Auslieferung der vier des Mordes verdächtigen Chinesen, die sich zurzeit in der britischen Niederlassung in Tientsin befinden, gekommen.

## Kein englischer Kredit für Jugoslawien?

Einer Belgrader Pressestimme zufolge, die von der Polnischen Telegraphenagentur kommentarlos verzeichnet wird, ist die Nachricht von einem englischen Warenkredit an Jugoslawien in Höhe von 3-4 Millionen Pfund unzutreffend. Das Blatt erklärt, es handle sich um eine völlig grundlose Nachricht, weil Jugoslawien gegenwärtig gar keine Kredite brauche.

Einer weiteren Meldung der PAT zufolge, dürfte die Abreise des Prinzregenten Paul von London voraussichtlich am Mittwoch erfolgen.

## Polens Platz in der neuen Front

Warschau, Ende Juli.

Die Beurteilung der internationalen Lage vom polnischen Standpunkt aus ist in den letzten Tagen etwas optimistischer geworden. Die Gründe für das vorläufige Nichtzustandekommen des englischen Bankredits suchen die führenden Warschauer Politiker nicht, wie manche ihrer Landsleute, in dem vermeintlichen Schwanken der britischen Außenpolitik, sondern vielmehr in dem zu hoch geschraubten Verlangen Englands auf wirtschaftliche Gegenleistungen in Form einer weitgehenden Verwendungskontrolle der zu gewährenden Mittel. Dem engherzigen Londoner Schatzamt wird dabei die in der Einschätzung und Behandlung Polens verständnisvollere britische Generalität gegenübergestellt, wobei der Einfluß eines Militärs wie Ironside in Warschau vielleicht zunächst eine gewisse Ueberschätzung erfährt. Jedenfalls glaubt man nicht an eine Neigung Englands, die gemeinsame Front im Stich zu lassen, sondern eher an ein gewisses Mißverhältnis zwischen seiner Leistung und seinem Führungsanspruch innerhalb dieser Front. Im Falle einer Verschärfung der internationalen Lage würden sich solche Unzukömmlichkeiten aber rasch wieder ausgleichen.

Natürlich wartet die polnische Diplomatie aber nicht erst auf eine solche Verschärfung, und noch weniger ist sie jetzt geneigt, selbst dazu betzutreten. Die Danziger Frage wird vielmehr auch in Warschau wieder ruhiger behandelt. Ein antideutscher Publizist wie Prof. Stronkowski, der längere Zeit hindurch im „Kurjer Warszawski“ nur Töne der Entrüstung über die deutsche Politik in Danzig anschlug, sieht in den letzten Äußerungen des Gauleiters Forster keinen Anlaß mehr dazu, sondern glaubt jetzt einen Wechsel der Berliner Taktik feststellen und ihn ironisieren zu können. Ernsthafter geht der Berliner Korrespondent der offiziellen „Gazeta Polska“ Smogorzewski auf die Veröffentlichungen Forsters ein, indem er erklärt: Wenn der Danziger Gauleiter Hitler als den Führer nicht nur der Reichsdeutschen, sondern auch des Danziger Deutschland anerkennt, so werde das gar nicht in Frage gestellt; es müsse nur bei der rechtlichen Sonderstellung der Freien Stadt bleiben. Die polnische Regierung habe in Danzig wie in Berlin amtlich erklärt, daß sie die jetzige Lage nicht mit Gewalt ändern würde. Das klingt wie eine neue Einladung zur Verständigung, wird allerdings mit dem Hinweis auf die militärischen Verteidigungsmassnahmen in Danzig begleitet, die Smogorzewski mit ungewöhnlicher Kleinmalerei beschreibt. Er glaubt Zahl, Standort und Kaliber der einzelnen Geschütze die Konstruktion der Tanks und Befestigungen, der Hafenboote, die als Minensucher verwendet werden könnten, und ähnliche Einzelheiten beschreiben zu können. Der Zweck dieser neuartigen publizistischen Übung muß wohl auf wehrpolitischem Gebiet gesucht werden.

Lebhafte Gespräche sind wieder zwischen der polnischen und der Sowjetregierung in Gang gekommen, und zwar bereits vor der letzten Wendung der Moskauer Verhandlungen der Westmächte. Wie sehr die leitenden Warschauer Männer sich dabei vor Illusionen hinsichtlich der Moskauer Haltung hüten, hat schon Marschall Rydz-Śmigły mit großer Offenheit zu erkennen gegeben, indem er öffentlich aussprach: er ermarkte von den Sowjets, daß sie die Lage zunächst für sich selbst auszunutzen suchten. Gerade in dem Umstand, daß Moskau im eigenen Interesse keine Schwächung der polnischen Widerstandskraft gegenüber Berlin wünschen kann, sieht man hier aber eine gewisse Bürgschaft für die Möglichkeit begrenzter Zusammenarbeit mit dem östlichen Nachbarn. Ausmaß und Form dieser Zusammenarbeit wünscht Warschau auch in Zukunft, in direkter Fühlungnahme zu bestimmen. Wenn in der polnischen Linkspresse jetzt die richtige Beobachtung ausgesprochen wird, daß die jüngste Entwicklung wieder eine Rückkehr zu den Barthous Politik brachte, gegen die sich die offizielle Warschauer Politik so lange wehrte, dann ist das den hiesigen Regierungskreisen sicherlich nur ein Ansporn dazu, ihre Selbständigkeit in dem neuen außenpolitischen Frontsystem nach Möglichkeit zu sichern.

„Daß wir innerhalb dieser Front unentbehrlich sind, wird nur noch deutlicher werden, wenn die Verhandlungen der Westmächte mit den Sowjets jetzt in die Hände der Militärs kommen.“ In solchen Äußerungen drückt sich die vorsichtig optimistische Einschätzung der Lage durch die verantwortlichen polnischen Politiker aus. Selbst Außenminister Beck hielt es für möglich, vorübergehend Warschau zu verlassen und Urlaubstage in nächster Nähe von Danzig zu verbringen.













